

Kindertagesstätte zieht ins Erdgeschoss um

Gemeinderat stimmt Antrag zu – Kosten: 60 000 Euro

GLASHÜTTEN

Die seit rund drei Jahren im Dachgeschoss der von der Arbeiterwohlfahrt betreuten Kindertagesstätte Altes Schloss untergebrachte Kinderkrippe mit zwölf Plätzen wird künftig im Erdgeschoss des Gebäudes eingerichtet. Darauf verständigte sich der Gemeinderat bei seiner Sitzung auf Vorschlag von Bürgermeister Werner Kaniewski.

Der dazu vorgelegte Bauantrag fand einstimmig die Billigung des Gremiums. Wesentlich finanziell erleichtert wird der 60 000 Euro teure Umbau mit Erweiterung des Erdgeschosses als dauerhafte Lösung durch ein Zuschussprogramm, das eine größtmögliche Förderung von 90 Prozent erwarten lässt, so Kaniewski. Zum Umbau gehört die Einrichtung eines Wickelraumes sowie eines Schlafrumes. Das bisherige Materiallager wird zukünftig als Garderobe genutzt und vor dem Eingangsbereich werden ein Anbau für Kinderwagen mit barrierefreiem Aufgang und ein „Burghof“ realisiert.

Der im Rahmen der Bauleitplanung vorgesehene sogenannte vorhabensbezogene Bebauungsplan Gewerbegebiet West an der Staatsstraße im Bereich des Sägewerkes geht in die nächste Runde. Aus der Bürgerschaft wurden, so der Bürgermeister, wäh-

rend der Auslegungsfrist keine Bedenken und Anregungen vorgebracht. Seitens der Träger öffentlicher Belange wies das Landratsamt darauf hin, dass der als Gewerbegebiet bezeichnete Bebauungsplan aus rechtlichen Gründen als Qualifizierter Bebauungsplan zu kennzeichnen ist. Auch wird seitens des Amtes auf die Stellungnahme des Kreisbrandrates hingewiesen. Hierzu hat, so Kaniewski, der Gemeinderat bereits in der Sitzung im Juli 2010 Stellung genommen und festgehalten „dass Zufahrt und mengenmäßig ausreichende Löschwasserversorgung gewährleistet ist“. Der Bebauungsplan wurde schließlich einstimmig als Satzung verabschiedet.

Über einen Antrag der evangelischen Kirchengemeinde für einen Investitionszuschuss zu den Kosten der geplanten Sanierung der Friedhofsmauer hatte das Gremium zu entscheiden. Die Höhe der Kosten wird auf 20 000 Euro geschätzt. Laut Kaniewski gewährt die Kommune ab einer Investitionssumme von 511,29 Euro (früher 1000 Mark) einen Zuschuss von zehn Prozent. Die Höchstgrenze ist laut eines Beschlusses des Gemeinderates aus dem Jahr 1986 auf 2556 Euro festgelegt. Auf Vorschlag des Bürgermeisters stimmten die Räte einem Zuschuss in Höhe von 2000 Euro zu, der im Haushalt 2011 aufgenommen werden soll. dj